



Stellungnahme des JAEB Köln zum unbefristeten Streik der ErzieherInnen im öffentlichen Dienst, am 11. Mai 2015

Der Streik in Kindertagesstätten setzt Eltern im ganzen Land massiv unter Druck.

Viele können nicht auf unterstützende Systeme wie Großeltern oder Verwandte zurückgreifen.

Die Not macht zwar erfinderisch, jedoch zeigen die Initiativen der Eltern und die Hilfsbereitschaft untereinander auch, wie groß der Druck auf die Eltern ist.

Dieser Tarifkonflikt wird auf dem Rücken der Familien ausgetragen, insbesondere auf dem der Kinder.

Dennoch erklären sich die Eltern solidarisch:

Die Eltern stehen hinter den Forderungen der ErzieherInnen und beteiligen sich am Protest. Eltern wissen, dass Bildungsarbeit Zukunftsarbeit ist.

Die Gesellschaft, Eltern und Kinder sind auf verantwortungsvolle und gut qualifizierte Fachkräfte angewiesen.

Die Anforderungen an die pädagogische Arbeit haben genau wie die zu bewältigenden Aufgaben in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Die finanzielle Wertschätzung der täglichen Arbeit ist längst überfällig. Die Forderung nach einer höheren Eingruppierung ist fachlich fundiert und nachvollziehbar.

Politisch bedarf es in der heutigen Zeit einer Familienpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Kinder orientiert, nicht an den finanziellen Spielräumen von Kommunen, Kreisen und Ländern.

Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und liegt in der Verantwortung aller. Daher fordert der Landeselternbeirat eine stufenweise Reduzierung der Elternbeiträge, anstatt auch die Kosten dieser nötigen Aufwertung wieder auf die Eltern abzuwälzen.

Bereits jetzt macht der JAEB Köln darauf aufmerksam, dass die notwendige Aufwertung der ErzieherInnen nicht durch die Hintertür zu einer weiteren Verschlechterung der Qualität führen darf. Nach dem quantitativen Ausbau der Betreuungsplätze muss dringend eine qualitative Verbesserung stattfinden, ansonsten hätte der quantitative Ausbau wenig Sinn. Der derzeitige Stand einer massiven Unterfinanzierung des Systems der Kindertagesbetreuung ist nicht mehr hinnehmbar. Dies muss der Politik jenseits der Fachpolitiker endlich klar werden.

Die Aufwertung des ErzieherInnenberufes muss als eine nachhaltige Personalpolitik betrieben werden. Der Fachkräftemangel ist schon jetzt deutlich spürbar. Jungen Menschen müssen Anreize geschaffen werden, sich bewusst für soziale Berufe zu entscheiden.

Wir erwarten von den kommunalen Arbeitgeberverbänden ein schnellstmögliches Handeln in Form eines angemessenen Angebots. Dies liegt aus unserer Sicht noch nicht vor. Wir fordern dann auch die Gewerkschaften an an den Verhandlungstisch zurückzukehren und Kompromissbereit zu sein, um diesen Tarifkonflikt möglichst schnell zu beenden.